



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Jahresziele 2008

der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei

gemäss Art. 51 Regierungs- und
Verwaltungsorganisationsgesetz
vom 21. März 1997

(Bundesratsbeschluss vom 14. November 2007)

Inhalt

Einleitung	1
Jahresziele 2008 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei	
Bundeskanzlei	2
Departement für auswärtige Angelegenheiten	4
Departement des Innern	9
Justiz- und Polizeidepartement	16
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport	22
Finanzdepartement	28
Volkswirtschaftsdepartement	31
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	37
Anhänge	
Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2008: Überblick	40
Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte 2008	43

Einleitung

Gemäss Artikel 51 RVOG planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente umfasst nicht nur die eigenen Ziele, sondern sie muss auch die Ziele des Bundesrates für das entsprechende Jahr einbeziehen. Für die Ziele der Departemente sind diese selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu differenzieren – und vor allem umzusetzen – oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung spiegelt sich auch in der Form wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Somit kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2008 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Bericht des Bundesrates über Schwerpunkte der Verwaltungsführung 2008 (Geschäftsbericht – Band II), den der Bundesrat im Frühjahr 2009 verabschieden wird.

ZIELE FÜR DAS JAHR 2008

Bundeskanzlei

Jahresziele 2008	Massnahmen 2008 <small>*basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2008</small>
Ziel 1	
Abschluss der Legislaturplanung 2007–2011 und zukünftige Neuausrichtung des Perspektivstabs sowie der Grundlagenarbeiten	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Legislaturplanung 2007–2011 ist vom Bundesrat verabschiedet* – Eine erste Diskussion über die Neuausrichtung des Perspektivstabs der Bundesverwaltung ist geführt – Die Neukonzeption des Berichts „Herausforderungen“ ist skizziert
Ziel 2	
Weiterentwicklung des E-Government	<ul style="list-style-type: none"> – Die Versuche zum Vote électronique sind ausgebaut und ein Versuch für Auslandsschweizer durchgeführt – Die elektronische Abwicklung der parlamentarischen Vorstösse ist vorbereitet und das Projekt von der Geschäftsleitung genehmigt – Das Konzept zur Verbesserung der Wahl- und Abstimmungsinformation auf den Internetplattformen www.ch.ch und www.admin.ch ist erstellt – Es ist bestimmt, welche Prozesse mit den Kantonen abgestimmt und elektronisch abgewickelt werden sollen – Die Erneuerung des Kompetenzzentrums Amtliche Veröffentlichungen ist im Detail festgelegt und der erste Migrationsschritt vorbereitet – Das Konzept zur besseren Warnung und Information in ausserordentlichen Lagen steht zur Umsetzung bereit
Ziel 3	
Neuausrichtung der Krisenmanagementausbildung Bund	<ul style="list-style-type: none"> – Die neue Leitung der Krisenmanagementausbildung Bund ist eingearbeitet und das Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre

	<p>genehmigt</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Strategische Führungsübung 09 ist rechtzeitig vorbereitet
Ziel 4	
Neuausrichtung der Eidgenössischen Parlaments- und Zentralbibliothek	<ul style="list-style-type: none"> – Die Neuausrichtung der Eidgenössischen Parlaments- und Zentralbibliothek ist abgeschlossen
Ziel 5	
Förderung der Mehrsprachigkeit	<ul style="list-style-type: none"> – Die Sprachdienste haben eine Veranstaltung zur Mehrsprachigkeit aus Anlass des internationalen Sprachenjahrs durchgeführt – Die Frage der Veröffentlichung von rätomanischen Rechtsgrundlagen und Informationen ist mit dem Kanton Graubünden geklärt – Die Erlasse in englischer Sprache sind nachgeführt und können zentral abgerufen werden
Ziel 6	
Optimierung der Sicherheit in der Bundeskanzlei	<ul style="list-style-type: none"> – Die Informationsschutz-Vorschriften sind umgesetzt

ZIELE FÜR DAS JAHR 2008

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Jahresziele 2008	Massnahmen 2008 <small>*basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2008</small>
Ziel 1	
Umsetzung aller bestehenden bilateralen Abkommen sowie Konsolidierung und Vertiefung der Beziehungen mit der EU in Bereichen von gemeinsamem Interesse	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft über die Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens ist vom Bundesrat verabschiedet* – Das Protokoll zur Erweiterung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien ist unterzeichnet und die Botschaft vom Bundesrat verabschiedet* – Die notwendigen Massnahmen zum Bestehen der Schengen-Evaluation (Ausfüllung des Evaluationsfragebogens, Planung der Evaluation durch EU-Experten vor Ort) sind ergriffen und die Weiterentwicklungen von Schengen/Dublin vom Bundesrat genehmigt (z. B. Grenzschutzagentur FRONTEX, Rahmenbeschluss über den Austausch von Informationen zwischen den Strafverfolgungsbehörden)* – Die für die Umsetzung der Abkommen über die Assoziierung Schengen/Dublin erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen sind erfolgt. Die praktische Anwendung der Assoziierungsabkommen im Visabereich durch die Auslandvertretungen ist mit Inkraftsetzen der Abkommen sichergestellt – Die Verhandlungen zur Anpassung des Abkommens über die Erleichterung der Zollkontrollen (24-Stunden-Regel) sind abgeschlossen – Die Verhandlungen mit der EU im Bereich Bildung/Berufsbildung/Jugend sind aufgenommen* – Die exploratorischen Gespräche in Bereichen von gemeinsamem Interesse (z. B. Agrarfreihandel, öffentliches Gesundheitswesen, Galileo) sind weitergeführt; Verhandlungen sind gegebenenfalls aufgenommen.

	<p>Die Verhandlungen im Bereich Elektrizität sind weitergeführt und gegebenenfalls abgeschlossen*</p> <ul style="list-style-type: none"> – Das Gesuch der europäischen Kommission für die Finanzierung eines Erweiterungsbeitrags der Schweiz an Bulgarien und Rumänien zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU ist vom Bundesrat beantwortet. Allfällige Gespräche zum Abschluss eines Memorandum of Understanding sind veranlasst und die Botschaft verabschiedet*
<p>Ziel 2</p>	
<p>Stärkung des bilateralen Beziehungsnetzes</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Das Netz an privilegierten Partnerschaften, das der Bundesrat im Jahr 2005 beschlossen hat, ist vervollständigt. Weitere Absichtserklärungen (Memoranda of Understanding) zur Vertiefung und Systematisierung der bilateralen Beziehungen sind ausgearbeitet und vom Bundesrat verabschiedet* – Das im Mai 2006 unterzeichnete „Memorandum Establishing a Framework for Intensified Cooperation“ zwischen der Schweiz und den USA ist umgesetzt – Die Lösung des Flughafenproblems mit Deutschland ist koordiniert und gesamtheitlich, unter Einbezug der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, vorangetrieben
<p>Ziel 3</p>	
<p>Engagement der Schweiz zugunsten des Friedens, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Schweiz hat eine signifikante Beteiligung an der internationalen zivilen Präsenz in Kosovo erreicht – Die neue Minenstrategie und die Strategie 2008–2011 des Bundes gegen illegale Kleinwaffen und leichte Waffen sind in Kraft – Die Schweiz hat den Vorsitz in der Ottawa-Vertragsparteien-Konferenz übernommen – Die Vernehmlassung zum Übereinkommen zum wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung vor den ernsthaften humanitären Risiken von Streumunition ist eröffnet – Die Migrationsstrategie des EDA 2009–

	<p>2010 ist vom Bundesrat verabschiedet</p> <ul style="list-style-type: none"> – Das Vernehmlassungsverfahren zum Bericht über das Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ist eröffnet – Der zweite und dritte Bericht der Schweiz über die Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes von 1989 ist vom Bundesrat verabschiedet – Eine diplomatische Initiative zum 60. Jahrestag der allgemeinen Menschenrechtserklärung ist lanciert – Die Botschaft zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 ist vom Bundesrat verabschiedet* – Der Bericht über die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der Schweiz 2008 ist vom Bundesrat verabschiedet
<p>Ziel 4</p>	
<p>Stellung der Schweiz als Gaststaat festigen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft über die Realisierung eines Immobilienprojekts für die WTO (einheitlicher Sitz) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Der Bundesrat hat das Aussprachepapier „Schweizerische Sitzstaatpolitik – Stand und Ausblick“ zur Kenntnis genommen – Die Botschaft über die Genehmigung eines Darlehens an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (FIPOI) zugunsten der Europäischen Organisation für die Kernforschung (CERN) in Genf im Hinblick auf die Finanzierung der Erweiterung des Bürogebäudes Nr. 40 ist vom Bundesrat verabschiedet
<p>Ziel 5</p>	
<p>Förderung der Effizienz und Transparenz im UNO-System</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Entscheidende Beiträge zur Stärkung des Menschenrechtsschutzes durch den Menschenrechtsrat sind erfolgt – Konstruktive Beiträge zur Reform des Sicherheitsrates in den Bereichen Erweiterung und Arbeitsmethoden sind geleistet – Eine Initiative zur Erhöhung der Transparenz und Rechtsstaatlichkeit bei den Verfahren zur Terrorismusbekämpfung ist eingebracht

	<ul style="list-style-type: none"> – Impulse zur Stärkung der Kohärenz und Effizienz der operationellen Tätigkeit der UNO im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe sind erfolgt – Die Kontrolle der Tätigkeit der UNO und des UNO-Systems ist mit Schweizer Mithilfe verstärkt, insbesondere in den Bereichen Budgetdisziplin und Personalwesen
Ziel 6	
Stärkung der schweizerischen Präsenz in der UNO und in internationalen Organisationen	<ul style="list-style-type: none"> – Ein informatikgestütztes Instrument zum effizienteren Management von schweizerischen Kandidaturen bei den internationalen Organisationen ist evaluiert und eingeführt
Ziel 7	
Förderung der Präsenz und des Erscheinungsbildes der Schweiz im Ausland	<ul style="list-style-type: none"> – Die Schweiz hat sich an der Weltausstellung 2008 in Zaragoza als innovatives und vielfältiges Land präsentiert – Die Aussenvertretungen des Bundes sind in die anlässlich der EURO 08 im Ausland organisierten Projekte eingebunden – Das House of Switzerland hat anlässlich der Olympischen Sommerspiele 2008 in Beijing auch in China ein grosses Medienecho erreicht
Ziel 8	
Integration der Geschäftsstelle Präsenz Schweiz ins EDA	<ul style="list-style-type: none"> – Die revidierte Organisationsverordnung des EDA ist vom Bundesrat verabschiedet
Ziel 9	
Umsetzung der wirkungsorientierten Führung im Aussennetz	<ul style="list-style-type: none"> – Die Umsetzung von VEKTOR ist erfolgt. Aussenpolitische Zielsetzungen und Ressourcensteuerung werden eng aufeinander abgestimmt. Die Auslandvertretungen handeln unternehmerischer und ressourcenbewusster
Ziel 10	
Voraussetzungen für die Zukunftsorientierung der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit schaffen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Rahmenkredit über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zu Gunsten von Entwicklungsländern ist vom Bundesrat verabschiedet* – Eine einheitliche Schweizer Entwicklungspolitik, welche für alle beteiligten Departement

	<p>mente und Akteure des Bundes gilt, ist vom Bundesrat verabschiedet</p> <ul style="list-style-type: none"> – Im Rahmen der Reform der departementalen Gliederung der Bundesverwaltung hat der Bundesrat über das weitere Vorgehen zur Koordination von Aussenwirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit entschieden* – Die Motionen 06.3666 und 06.3667 der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates (aufgrund ihres Berichts vom 8. Dezember 2006 zur Kohärenz und strategischen Führung der Aktivitäten der DEZA) sind umgesetzt – Die Position der Schweiz anlässlich der zweiten UNO-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (Monterrey+5, Doha, 2. Hälfte 2008) ist vom Bundesrat festgelegt – Für die Jahre 2008–2015 ist vom Bundesrat eine verbindliche Quote für die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz festgelegt – Die Botschaft zur Finanzierung der multilateralen Entschuldungsmassnahmen ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Wiederauffüllungen der Entwicklungsfonds sind vom Bundesrat beschlossen – Die zukünftige Organisationsstruktur der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit ist vom Bundesrat im Rahmen der Verwaltungsreform festgelegt – Initiativen zur Deblockierung der IX. Welt handelsrunde („Doha-Entwicklungsrunde der WTO“) sind vom Bundesrat eingebracht
Ziel 11	
Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens vor der Gerichtsbarkeit	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Übereinkommen ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 12	
Zusammenarbeitsvertrag im internationalen Strafjustizbereich Eurojust	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zum Zusammenarbeitsvertrag ist eröffnet*

ZIELE FÜR DAS JAHR 2008

Departement des Innern

Jahresziele 2008	Massnahmen 2008 *basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2008
Ziel 1	
Hochschul- und Forschungsförderung	<ul style="list-style-type: none">– Die Vernehmlassungsergebnisse zum neuen Bundesgesetz über die Förderung und Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) sind zur Kenntnis genommen und die Botschaft ist verabschiedet*– Die Vernehmlassung zur Revision des Forschungsgesetzes ist eröffnet*– Die Vernehmlassung zur Teilrevision des ETH-Gesetzes (Immobilientransfer und Anpassung der Führungsstruktur) ist eröffnet*– Der Bundesrat hat im Hinblick auf die Hochschullandschaft Schweiz über das weitere Vorgehen betreffend einer möglichen Zusammenführung von Bildung und Forschung in einem Departement entschieden*
Ziel 2	
Positionierung der Schweiz im Europäischen Forschungs- und Bildungsraum	<ul style="list-style-type: none">– Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an den Programmen der EU in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und Jugend in den Jahren 2009–2013 ist verabschiedet*– Die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz am Fusionsforschungsprojekt ITER ist verabschiedet*
Ziel 3	
Schweizerische Weltraumpolitik	<ul style="list-style-type: none">– Der Bundesrat hat vom Bericht zur Revision der schweizerischen Weltraumpolitik Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden*– Der Bundesrat hat die Erklärung europäischer Regierungen über die Phase des Ein-

	<p>satzes der Träger Ariane, Vega und Sojus vom Raumfahrtzentrum Guyana aus (Intergovernmental Agreement, IGA) genehmigt und über das weitere Vorgehen entschieden*</p>
Ziel 4	
Vorsorgeeinrichtungen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassungsergebnisse zur Neuregelung der Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen sind zur Kenntnis genommen und die Botschaft ist verabschiedet* – Die Vorlage einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe bezüglich der offenen Fragen im Zusammenhang mit der Rechtsform von Vorsorgeeinrichtungen liegt vor; der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden – Der Bundesrat hat die von der Eidg. BVG-Kommission erarbeiteten Empfehlungen bezüglich Anlagevorschriften der Vorsorgeeinrichtungen zur Kenntnis genommen; er hat über die Änderungen der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2) entschieden
Ziel 5	
Pilotversuch Assistenzbudget	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat von den Ergebnissen der Zwischenevaluation Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen sowie allfällige Anschlusslösungen entschieden
Ziel 6	
IV-Zusatzfinanzierung	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vorlagen sind im parlamentarischen Verfahren begleitet worden – Eine allfällige Volksabstimmung ist vorbereitet – Die Vorarbeiten zu einer allfälligen Umsetzung sind abgeschlossen (Verordnungsanpassungen, Information etc.)
Ziel 7	
Umsetzung 5. IV-Revision	<ul style="list-style-type: none"> – Die Umsetzung in den kantonalen IV-Stellen (Information, Schulung, Weisungen) ist begleitet worden – Die Umsetzung der im Gesamtprojekt „die Fünfte“ erarbeiteten neuen Instrumente und

	<p>Prozesse (Aufsicht, wirkungsorientierte Steuerung, Qualitätssicherung) ist vollzogen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Eine Evaluation der Umsetzung hat stattgefunden
Ziel 8	
Berichte zur Jugend- und Familienpolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht zu konkreten Massnahmen gegen die steigende Gewalt und Jugendkriminalität (in Erfüllung des Po. Amherd 06.3646 und des Po. Leuthard 03.3298) ist verabschiedet* – Der Bericht über die Harmonisierung der Alimentenbevorschussung und des Alimenteninkassos (in Erfüllung des Po. SGK-N 06.3003) ist verabschiedet*
Ziel 9	
Schaffung eines Bezügerregisters im Rahmen des Familienzulagengesetzes	<ul style="list-style-type: none"> – Die Frage der erforderlichen Rechtsgrundlage ist geklärt und deren Schaffung in die Wege geleitet. Die Vorbereitungsarbeiten für den Aufbau des Registers sind am Laufen
Ziel 10	
Strategie zur Bekämpfung der Armut	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht über die gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut (in Erfüllung der Mo. SGK-N 06.3001) ist verabschiedet*
Ziel 11	
Verabschiedung des statistischen Mehrjahresprogramms 2007–2011	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat den Bericht zum statistischen Mehrjahresprogramm 2007–2011 verabschiedet*
Ziel 12	
Verabschiedung eines Realisierungskonzepts für eine Unternehmensidentifikationsnummer (UID)	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen betreffend Einführung der Unternehmensidentifikationsnummer entschieden*
Ziel 13	
Verabschiedung der Verordnung zum Bundesgesetz über die eidgenössische Volkszählung	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat die Verordnung verabschiedet

Ziel 14	
Klärungen im Bereich der Gesundheitsberufe	<ul style="list-style-type: none"> – Die Abstimmung hinsichtlich der Ziele, des Verfahrens und der Kostenteilung zwischen dem Medizinalberufegesetz und dem Entwurf eines Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich sowie dem Fachhochschulgesetz ist erfolgt – Die Anforderungen an die Formulierung von einheitlichen und kohärenten Zielen für alle Gesundheitsberufe sind zusammen mit dem EVD geklärt
Ziel 15	
Gesetzliche Grundlagen zur Neuregelung von Prävention und Gesundheitsförderung	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zu den neuen gesetzlichen Grundlagen zur Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung ist eröffnet*
Ziel 16	
Evaluation des Tabakpräventionsfonds	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat den Bericht über das Ergebnis der Evaluation genehmigt und über das weitere Vorgehen entschieden
Ziel 17	
Wichtige Umsetzungsschritte bei den universitären Medizinalberufen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Registerverordnung ist verabschiedet – Die zentrale Datenbank der universitären Medizinalberufe zur Erstellung einer medizinischen Demografie hat ihren Betrieb aufgenommen – Die Verordnung über die eidgenössischen Prüfungen der universitären Medizinalberufe ist verabschiedet
Ziel 18	
Weiterentwicklung von Regelungen im Bereich der Humanmedizin (Forschung und Anwendungsbereich der Fortpflanzungsmedizin)	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Forschung am Menschen ist verabschiedet* – Die Vernehmlassung über eine Regelung der Präimplantationsdiagnostik ist eröffnet
Ziel 19	
Revision des Epidemiengesetzes	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassungsergebnisse zur Revision des Bundesgesetzes über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) sind zur Kenntnis genommen; der Bundesrat hat über das wei-

	tere Vorgehen entschieden
Ziel 20	
Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EG im Bereich des Gesundheits- und Verbraucherschutzes	<ul style="list-style-type: none"> – Die Exploration mit der EG-Kommission über die Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Gesundheit und des Verbraucherschutzes ist abgeschlossen* – Die Verhandlungen zu einem Gesundheitsabkommen Schweiz-EG sind aufgenommen*
Ziel 21	
Sicherstellung der Anwendbarkeit des von der UNO erarbeiteten Systems zur Klassierung und Kennzeichnung von Chemikalien	<ul style="list-style-type: none"> – Die Revision der Chemikalienverordnung sorgt dafür, dass Chemikalien in der Schweiz (zeitgleich mit der EU) nach den Vorgaben der EG klassiert und gekennzeichnet werden können und dass Chemikalien mit internationaler Kennzeichnung auch in der Schweiz verkehrsfähig sind
Ziel 22	
Revision des Unfallversicherungsgesetzes	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Revision des Unfallversicherungsgesetzes ist verabschiedet*
Ziel 23	
Verabschiedung von Grundlagenberichten	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht über den gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der RFID-Technologie (beispielsweise Funketiketten) (in Erfüllung des Po. Allemann 05.3053) ist verabschiedet* – Der Bericht über die Umsetzung der Integration der Militärversicherung in die SUVA (in Erfüllung des Po. SGK-N 04.3436) ist verabschiedet* – Der Bericht über die Vereinbarkeit von Familie und Studium (in Erfüllung des Po. Fehr Jacqueline 06.3321) ist verabschiedet* – Der Bericht über die Qualitätssicherung bei der Förderung der Universitäten (in Erfüllung des Po. David 05.3595) ist verabschiedet*

Ziel 24	
Massnahmen zur Kostenkontrolle in der Krankenversicherung	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat geprüft, bei welchen Umsetzungsentscheiden im Rahmen des Krankenversicherungsgesetzes ein Kostensenkungspotenzial besteht, und hat dieses ausgeschöpft* – Die Massnahmen zur Senkung der Medikamentenpreise sind umgesetzt* – Die Revision der Analysenliste mit Tarif ist abgeschlossen – Die Publikation von Qualitätsindikatoren ist erfolgt
Ziel 25	
Planung des Erweiterungsbaus SLM	<ul style="list-style-type: none"> – Die Unterstützung des BBL beim Verfassen der zivilen Baubotschaft (EFD/BBL) betreffend „Erweiterungsbau SLM“ ist erfolgt
Ziel 26	
Umsetzung der Sprachenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat die Verordnung zum Sprachengesetz verabschiedet
Ziel 27	
Umsetzung des Aktionsplans 2007–2011 für den standardisierten Umgang mit elektronischen Daten und Dokumenten in der Bundesverwaltung (Information Lifecycle Management)	<ul style="list-style-type: none"> – Die Phase „Suche nach Lösungen“ ist freigegeben, d. h.: <ul style="list-style-type: none"> – Die Massnahmen zur Einführung der elektronischen Geschäftsverwaltung (GEVER) für die verwaltungsinternen Prozesse sowie den Verkehr mit externen Stellen sind definiert; – der Führungsleitfaden Records Management zur Unterstützung der Verwaltungseinheiten liegt vor; – die Verwaltungseinheiten sind durch die einheitliche und standardisierte Geschäftsverwaltung entlastet – Der Bundesrat hat den Aktionsplan verabschiedet*
Ziel 28	
Schaffung von Anreizen für Unternehmen zur Förderung der Gleichstellung	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht über die Zertifizierung gleichstellungsfreundlicher Unternehmen (in Erfüllung des Po. Leutenegger Oberholzer 06.3035) ist verabschiedet – Die Verordnung über ein Pilotprojekt zur

	Finanzierung von Gleichstellungsmassnahmen in Unternehmen ist verabschiedet
Ziel 29	
Bekämpfung der Gewalt in Paarbeziehungen	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht über Ursachen von Gewalt im sozialen Nahraum (in Erfüllung des Po. Stump 05.3694) ist verabschiedet* – Empfehlungen zuhanden der verschiedenen Akteure sind erarbeitet*
Ziel 30	
Prävention von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz	<ul style="list-style-type: none"> – Die gemeinsam mit dem SECO in Auftrag gegebene wissenschaftliche Untersuchung über Risiko und Verbreitung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz ist veröffentlicht – Informationsbroschüren und Internetangebote, welche sich gezielt an KMU-Betriebe richten, sind erarbeitet und gezielt verteilt

ZIELE FÜR DAS JAHR 2008

Justiz- und Polizeidepartement

Jahresziele 2008	Massnahmen 2008 <small>*basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2008</small>
Ziel 1	
Internationale Zusammenarbeit im Polizei- Justiz- und Migrationsbereich stärken	<ul style="list-style-type: none"> – Das Vernehmlassungsverfahren zum Zusammenarbeitsvertrag zwischen der Schweiz und Eurojust ist durchgeführt; der Vertrag ist unterzeichnet* – Die Botschaft zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes), ist verabschiedet* – Die Änderungen des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer sowie des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden sind in Kraft gesetzt – Die Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen betreffend Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen/Dublin-Besitzstandes ist in Kraft* – Das Abkommen zu Schengen/Dublin mit Norwegen und Island ist ratifiziert – Das Abkommen zu Schengen mit Dänemark ist ratifiziert – Das Protokoll zu Dublin betreffend Dänemark ist ratifiziert – Die Protokolle über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zu den Schengen / Dublin-Assoziierungsabkommen der Schweiz sind ratifiziert, soweit die Vorbereitungsarbeiten in Liechtenstein hierzu

	<p>abgeschlossen sind</p> <ul style="list-style-type: none">– Die seit der Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen vom 26. Oktober 2004 der Schweiz mitgeteilten Weiterentwicklungen des Schengen/Dublin-Besitzstandes sind vom Bundesrat genehmigt und notifiziert*– Die mit Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2004 über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und an Dublin genehmigten Änderungen der Bundesgesetze sowie die dazugehörigen Verordnungsänderungen sind auf Anfang November 2008 in Kraft gesetzt*– Das bilaterale Polizeikooperationsabkommen mit der Ukraine ist vom Bundesrat genehmigt– Die Genehmigung und Umsetzung einer Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes im Bereich Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden ist erfolgt; die Botschaft ist verabschiedet*– Der Entscheid des Bundesrates über die Unterzeichnung der Europaratskonvention für die Bekämpfung des Menschenhandels vom 16. Mai 2005 liegt vor– In Zusammenarbeit mit den betroffenen Bundesämtern (namentlich dem Integrationsbüro und dem SECO) ist eine Botschaft zur Fortführung des Personenfreizügigkeitsabkommens über das Jahr 2009 hinaus erarbeitet und vom Bundesrat verabschiedet*– Fortsetzung und Abschluss der Verhandlungen mit der Europäischen Union betreffend die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens sind erfolgt*– In Zusammenarbeit mit den betroffenen Bundesämtern (namentlich Integrationsbüro und SECO) ist eine Botschaft zur Genehmigung eines Zusatzprotokolls zum Personenfreizügigkeitsabkommen zur Ausdehnung des Personenfreizügigkeits-
--	--

	<p>abkommens mit der EU auf Bulgarien und Rumänien erarbeitet und vom Bundesrat verabschiedet*</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Migrationspartnerschaft Balkan, die im Rahmen der IAM gestützt auf Art. 100 AuG beschlossen wurde, wird in den Bereichen Rückübernahme, Visum und Starthilfe durch konkrete Massnahmen umgesetzt – Verhandlungen über Rückübernahmeabkommen oder Vereinbarungen (neuer Art. 100, Abs. 5 AuG) sind eröffnet beziehungsweise bereits abgeschlossen – Der Bundesrat hat den Bericht über die Prüfung der Einführung einer Bewilligungs- oder Registrierungspflicht für private Militär- und Sicherheitsfirmen mit Bezug zur Schweiz, die in Konflikt- oder Krisengebieten im Ausland tätig sind, zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden* – Das Rückübernahmeabkommen mit Russland ist abgeschlossen – Die Botschaft über die Änderung des Strafgesetzbuches sowie weiterer Bundesgesetze zur Umsetzung des Römer Statuts des internationalen Strafgerichtshofs ist verabschiedet*
<p>Ziel 2</p>	
<p>Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz und Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Das revidierte Lugano-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen und die Anpassung des schweizerischen Rechts an das Übereinkommen sind ratifiziert. Das Vernehmlassungsverfahren ist abgeschlossen und ausgewertet – Eine Vernehmlassungsvorlage betreffend einer Ergänzung des Obligationenrechts und des Zivilgesetzbuchs (unter Verzicht auf den Erlass eines Spezialgesetzes) zwecks Klärung der Frage, wie mit nachrichtenlosen Vermögenswerten umzugehen ist, ist verabschiedet*

	<ul style="list-style-type: none">– Der Bundesrat hat die Vernehmlassung betreffend einer Ergänzung des Obligationenrechts eröffnet mit dem Ziel, jenen Arbeitnehmer besser zu schützen, der auf Missstände im Betrieb aufmerksam macht*– Der Bundesrat hat die Botschaft zur Einführung eines Berufsgeheimnisses für Unternehmensjuristen und Unternehmensjuristinnen (Botschaft über die Änderung des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte; Pflichten und Rechte von rechtsberatend oder forensisch tätigen Angestellten) verabschiedet*– Der Bundesrat hat den Bericht über verschiedene Modelle von Behörden mit Untersuchungs- und Durchsetzungskompetenzen zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann im Erwerbsleben zur Kenntnis genommen und über Handlungsbedarf und weiteres Vorgehen entschieden*– Der Vorentwurf mit Begleitbericht der Expertengruppe Sanierungsrecht liegt vor– Das revidierte Patentgesetz (Schwerpunkt: biotechnologische Erfindungen) und umfassende Anpassungen der Ausführungsbestimmungen sind in Kraft gesetzt*– Die Vernehmlassung zu Gesetzesänderungen für die Verbesserung des Schutzes der „Marke Schweiz“ ist ausgewertet; der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden und dabei bestenfalls direkt die Botschaft verabschiedet*– Die Schweiz ist am Aufbau eines europäischen Metrologie-Forschungs- und Entwicklungsprogramms als Teil des 7. Rahmenprogramms beteiligt– Berechtigte Beanstandungen über nicht-konforme Messmittel auf dem Schweizer Markt werden national und international bekannt gemacht und entsprechende Massnahmen sind eingeleitet– Schweizerischen Kalibrierlaboratorien und Eichdiensten werden international aner-
--	--

	<p>kannte Referenzen angeboten, so dass ihre Messresultate darauf abgestützt und anerkannt sind</p>
<p>Ziel 3</p>	
<p>Stärkung der Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Organisation der Strafbehörden des Bundes (Strafbehördenorganisationsgesetz, StBOG) ist verabschiedet* – Die Vernehmlassung zum Beitritt der Schweiz zur Konvention des Europarates über die Cyberkriminalität ist eröffnet – Die Revision der Waffenverordnung (SR 514.541) ist vom Bundesrat verabschiedet; die Inkraftsetzung der national motivierten Änderungen ist frühestens mit den Schengen motivierten Anpassungen erfolgt, d. h. per 1. November 2008* – Die Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung vom 7. November 2001 über das Verbot der Gruppierung „Al-Qaïda“ und verwandter Organisationen (SR 122) ist in Kraft gesetzt – Die Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung vom 7. November 2001 betreffend die Ausdehnung der Auskunftspflichten und des Melderechts von Behörden, Amtsstellen und Organisationen zur Gewährung der inneren und äusseren Sicherheit (SR 120.1) ist in Kraft gesetzt – Der Bundesrat hat entschieden, welche sicherheitspolitisch relevanten Bereiche in einem Sicherheitsdepartement vereint werden könnten*

Ziel 4	
Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung über eine Vorlage betreffend einer Revision des Scheidungsrechts (Kinderbelange und Vorsorgeausgleich) ist durchgeführt* – Die Teilrevision der Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption (PAVO) vom 19. Oktober 1977 ist abgeschlossen – Der Bundesrat hat die Botschaft zur gesetzlichen Verankerung der „Verordnung über die finanzielle Hilfe an vorübergehend im Ausland weilende Schweizer Staatsangehörige (191.2) verabschiedet*
Ziel 5	
Grundlagen zur definitiven Einführung international anerkannter biometrischer Schweizer Reisedokumente	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Revision der Verordnung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (VAwG, SR 143.11) ist durchgeführt
Ziel 6	
Die Integration der Ausländerinnen und Ausländer gezielt fördern	<ul style="list-style-type: none"> – Die vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen mit dem Ziel der verbesserten Integration von Ausländerinnen und Ausländern, insbesondere von Jugendlichen, sind in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Dritten umgesetzt und überprüft* – Neue Massnahmen und Strategien sind in Zusammenarbeit mit Kantonen und Dritten entwickelt*

ZIELE FÜR DAS JAHR 2008

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Jahresziele 2008	Massnahmen 2008 <small>*basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2008</small>
Ziel 1	
Weiterentwicklung des Departements zum Sicherheitsdepartement	<ul style="list-style-type: none"> – Lösungen betreffend die Schaffung eines Sicherheitsdepartments sind gefunden; der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden. Die im Zuge der Bildung des Sicherheitsdepartements – gemäss den Beschlüssen des Bundesrates – erforderliche Anpassung der Organisation des Departements ist vollständig abgeschlossen; die strategischen Grundlagen sind angepasst und auf die Weiterentwicklung des Departements abgestimmt* – Die aufgrund der Bildung des Sicherheitsdepartementes notwendig werdende Zusammenarbeit mit neuen nationalen und internationalen Partnern auf der strategischen Ebene (Konferenzen, Plattformen) ist etabliert
Ziel 2	
Weiterentwicklung der Armee	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Revision 09 der Militärgesetzgebung ist verabschiedet* – Die Revision ist vom Parlament genehmigt
Ziel 3	
Umsetzung des Personalabbaus und der Personalstrategien VBS	<ul style="list-style-type: none"> – Die Personalabbauvorgaben VBS werden durch die Departementsbereiche konsequent umgesetzt; das Generalsekretariat VBS steuert den Vollzug und unterstützt die Departementsbereiche in der Umsetzung – Die personalpolitischen Konzepte werden bedarfsgerecht entwickelt und die Departe-

	<p>mentsbereiche werden bei deren Umsetzung unterstützt und überprüft</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Linienvorgesetzten nehmen ihre Rolle in der Führung und im Personalmanagement umfassend wahr
Ziel 4	
Risikomanagement VBS	<ul style="list-style-type: none"> – Die Positionierung des Risikomanagements VBS ist mit dem Risikomanagement Bund abgestimmt und im VBS umgesetzt
Ziel 5	
Ressourcenkonferenz VBS	<ul style="list-style-type: none"> – Die ganzheitliche, integrale Steuerung der Ressourcen Finanzen, Personal und Informatik im VBS ist etabliert
Ziel 6	
Informatikplanung VBS	<ul style="list-style-type: none"> – Die Informatikplanung VBS ist definiert – Die Informatikplanung im VBS ist umgesetzt
Ziel 7	
Volksinitiative „Gegen Kampffjetlärm in Tourismusegebieten“ und Dialog mit den Flugplatzregionen	<ul style="list-style-type: none"> – Das Abstimmungsergebnis über die Volksinitiative ist gemäss den Erwartungen von Bundesrat und Parlament ausgefallen – Auf den militärischen Jetflugplätzen sind Lösungen gefunden, die sowohl die Anliegen der Regionen als auch die aktuellen und zukünftigen Bedürfnisse der Luftwaffe berücksichtigen
Ziel 8	
Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Die Erarbeitung eines Berichts des Bundesrates zur Überprüfung der sicherheitspolitischen Strategie hat begonnen; sie findet in einem Geist des Einbezugs statt. Der Bundesrat hat über die Strategie beraten und über die Form der Berichterstattung an die Bundesversammlung beschlossen* – Die Berichterstattung über den Stand der Umsetzung und die Weiterentwicklung der Armee XXI gemäss Art. 149b MG an das Parlament ist erfolgt

Ziel 9	
Militärische Friedensförderung	<ul style="list-style-type: none"> – Die Fortführung des schweizerischen Engagements in der militärischen Friedensförderung in Kosovo ab 2009 ist durch das Parlament entschieden – Das vom Bundesrat genehmigte Engagement des VBS in Südsudan ist angelaufen und die Weiterführung sichergestellt
Ziel 10	
Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Die schweizerische Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik trägt den globalen Herausforderungen Rechnung und ist kohärent mit den sicherheitspolitischen Interessen des VBS
Ziel 11	
Weiterentwicklung des Bereichs Verteidigung	<ul style="list-style-type: none"> – Der Strategieplanungsprozess Verteidigung ist institutionalisiert – Die Schaffung von Voraussetzungen für die mögliche Einführung von Rahmenkrediten anstelle von jährlichen Rüstungsprogrammen wird unterstützt
Ziel 12	
Personalressourcen Verteidigung	<ul style="list-style-type: none"> – Der Personalum- und abbau ist gemäss den Vorgaben des Departements umgesetzt – Der Bericht über Massnahmen zur Verbesserung der Situation des militärischen Personals, mit Massnahmen zu den Empfehlungen 1 (Berufsmilitär), 2 (Zeitmilitär), 3 (Militärberufe) und 4 (Einsatzplanung für das Militärpersonal) des Berichts der GPK-N vom 10. Oktober 2006 über die Umsetzung der Armee XXI in der Ausbildung, ist vom Bundesrat verabschiedet* – Der Primatwechsel der Pensionskasse PUBLICA ist zur Zufriedenheit der vorzeitig in Pension gehenden und der im Bereich Verteidigung verbleibenden Mitarbeitenden gemeistert
Ziel 13	
Streitkräfteentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> – Die Umsetzungsplanung für den Entwicklungsschritt 2008/11 ist abgeschlossen und

	der Teilschritt 2008 gemäss den Vorgaben des VBS umgesetzt
Ziel 14	
Fähigkeitsentwicklung der Armee	<ul style="list-style-type: none"> – Die Ziele C4I (Command [Führung], Control [Einsatzleitung], Communications [Telekommunikation], Computers [Computersysteme], Information [Information]) für 2008 sind gemäss Planung umgesetzt – Die Ziele ISTAR (Intelligence [Nachrichtendienst], Surveillance [Überwachung], Target Acquisition [Zielerfassung], Reconnaissance [Aufklärung]) für 2008 sind gemäss Planung umgesetzt – Die konzeptionellen und planerischen Voraussetzungen für die Aufnahme des Vorhabens Tiger Teilersatz (TTE) ins Rüstungsprogramm 2010 sind geschaffen
Ziel 15	
Sicherstellung der permanenten Führungsfähigkeit der Armee	<ul style="list-style-type: none"> – Die Führungsfähigkeit der Armee ist dauernd ab Bern sichergestellt – Die permanente Verfügbarkeit der minimal erforderlichen Truppenteile ist gewährleistet
Ziel 16	
Weiterentwicklung armasuisse	<ul style="list-style-type: none"> – Die Weiterentwicklung der armasuisse ist aufgrund des Berichts vom 3. Juli 2007 und der diesbezüglichen Entscheidungen des Departementchefs konzeptionell festgelegt – Das Wissenskompetenzzentrum VBS ist operativ
Ziel 17	
Optimierung des Beschaffungsprozesses	<ul style="list-style-type: none"> – Die Beschleunigungsmassnahmen im Beschaffungsprozess sind mit TUNE+ festgelegt – Das Beschaffungsmanagement im VBS und für Dritte nach Organisationsverordnung BoeB/VoeB ist optimiert
Ziel 18	
Inkraftsetzung neues Geoinformationsgesetz (Aufbau der Nationalen Geodaten-Infrastruktur)	<ul style="list-style-type: none"> – Das GeoIG und die Ausführungsverordnungen sind auf den 1. Juli 2008 in Kraft gesetzt – Die Verordnung zum Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen

	(ÖREBKV) ist fertig gestellt
Ziel 19	
Weiterentwicklung Bevölkerungsschutz/ Zivilschutz	<ul style="list-style-type: none"> – Die Optimierungsmassnahmen im Zivilschutz sind bestimmt – Die Erfassung der Kulturgüter von nationaler Bedeutung ist abgeschlossen
Ziel 20	
Weiterentwicklung Nationale Sicherheitskooperation	<ul style="list-style-type: none"> – Das Vorgehen zur Entwicklung der nationalen Strategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen ist ausgearbeitet – Die Massnahmen aus der Strategie ABC-Schutz sind umgesetzt – Die Massnahmen aus dem Projekt OWARNA für das Jahr 2008 sind umgesetzt
Ziel 21	
Unterstützung der UEFA EURO 2008	<ul style="list-style-type: none"> – Die subsidiäre Unterstützung der zivilen Behörden anlässlich der Fussball-Europameisterschaft 2008 ist erfolgt – Die Schweiz (Bund) hat ihre Gastgeberrolle gemeinsam mit Österreich erfolgreich wahrgenommen – Die Leistungen des Bundes für die Planung, Vorbereitung und Durchführung der UEFA EURO 2008 sind ausgewertet
Ziel 22	
Anpassung und Neuschaffung gesetzlicher Grundlagen im Bereich Sport	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Bundesgesetzes über die Förderung von Turnen und Sport Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen beschlossen* – Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zum Bundesgesetz über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen beschlossen*

Ziel 23	
Sportförderung	<ul style="list-style-type: none">– Im Bereich der Allgemeinen Sport- und Bewegungsförderung ist das Konzept für die Neugestaltung der Ausbildungen und die Qualitätssicherung im Erwachsenensport erstellt– Im Bereich der Bildung ist das Konzept für die Einführung des Programms 5- bis 10-Jährige im Leiter- und Kaderbereich ab 2009 entwickelt– Das BASPO hat im Spitzensport die prioritären Sportarten mit geeigneten Dienstleistungen und F+E-Produkten (Forschung + Entwicklung) unterstützt und so zu deren internationalem Erfolg beigetragen– Im Bereich des fairen und sicheren Sports sind Verbesserungen in den Massnahmen gegen Gewalt und gegen Doping umgesetzt

ZIELE FÜR DAS JAHR 2008

Finanzdepartement

Jahresziele 2008	Massnahmen 2008 *basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2008
Ziel 1	
Ergänzungsregel zur Schuldenbremse	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Revision des Finanzhaushaltgesetzes ist durchgeführt* – Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 2	
Aufgabenüberprüfung	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat über die Reformstossrichtungen entschieden* – Ein Aktionsplan mit Reform- und Abbaumassnahmen ist ausgearbeitet* – Der Dialog mit den Kantonen, Parteien und Sozialpartnern ist aufgenommen*
Ziel 3	
Bericht zur Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen der Schweiz	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht ist publiziert
Ziel 4	
Sanierung der Pensionskasse SBB	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung ist durchgeführt* – Das weitere Vorgehen ist vom Bundesrat festgelegt*
Ziel 5	
Reform der Mehrwertsteuer	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Vereinfachung des Systems der Mehrwertsteuer ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 6	
Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung (Systementscheid)	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*

Ziel 7	
Förderung der Kohärenz der Finanzplatzpolitik und Finanzmarktregulierung	<ul style="list-style-type: none"> – Ein systematischer Dialogs mit dem Privatsektor ist aufgebaut – Ein institutioneller Rahmen zur Vertiefung des Dialogs mit FINMA und SNB ist geschaffen
Ziel 8	
Errichtung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht	<ul style="list-style-type: none"> – Das Finanzmarktaufsichtsgesetz FINMAG ist auf den 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt* – Die Ausführungserlasse, welche unter anderem die Finanzierung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) sowie das Prüfungswesen zum Gegenstand haben, sind verabschiedet* – Die Organe der FINMA sind gewählt – Die Organisation der FINMA ist auf den 1. Januar 2009 errichtet
Ziel 9	
Reformen im Bereich Börsendelikte und Marktmissbrauch	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht der Expertenkommission liegt vor – Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden*
Ziel 10	
Änderung des Güterverkehrsabkommens	<ul style="list-style-type: none"> – Die Verhandlungen mit der EU sind abgeschlossen
Ziel 11	
„Duty free at arrival“	<ul style="list-style-type: none"> – Die Anhörung der betroffenen Kreise zu Änderungen im Bereich der Mehrwertsteuer-, der Alkoholsteuer- und der Tabaksteuergesetzgebung ist erfolgt – Die Änderungen der Zollverordnung sind vorbereitet

Ziel 12	
Übernahme der Verordnung zur Errichtung der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex)	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft über den Notenaustausch zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung zur Errichtung der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) ist verabschiedet*
Ziel 13	
E-Government-Strategie Schweiz	<ul style="list-style-type: none"> – Die Organisation gemäss „Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz“ ist eingesetzt und operativ – Die federführenden Organisationen sind bestimmt und erste Sondervereinbarungen abgeschlossen – Erste prioritäre Vorhaben sind umgesetzt
Ziel 14	
Revision des Bundespersonalrechts	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung ist durchgeführt* – Die Botschaft zur Revision des Bundespersonalgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 15	
Revision der beruflichen Vorsorge des Bundespersonals	<ul style="list-style-type: none"> – Der Wechsel zum Beitragsprimat ist per 1. Juli 2008 vollzogen
Ziel 16	
Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes ist eröffnet*
Ziel 17	
Bericht zur Bundesbeteiligung am Unternehmen Swisscom	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht ist vom Bundesrat verabschiedet und das weitere Vorgehen skizziert*

ZIELE FÜR DAS JAHR 2008

Volkswirtschaftsdepartement

Jahresziele 2008	Massnahmen 2008 *basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2008
Ziel 1	
Wettbewerb im Binnenmarkt verstärken und Rahmenbedingungen verbessern	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht „Fortsetzung der Wachstumspolitik“ in Form einer Antwort auf die Motion 01.3089 (von der WAK-N 2007 explizit aufrechterhalten) ist vom Bundesrat gutgeheissen – Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über technische Handelshemmnisse (THG) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG), das zum Bundesgesetz über die Produktsicherheit werden soll, ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Vernehmlassung zur Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) ist durchgeführt und ausgewertet, der Vernehmlassungsbericht ist erstellt – Die Botschaft zur Änderung des AVIG (Finanzierung der Arbeitslosenversicherung) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Das Schwarzarbeitsgesetz ist erfolgreich eingeführt – Die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) ist durchgeführt und ausgewertet und das weitere Vorgehen vom Bundesrat verabschiedet – Das E-Government-Angebot für KMU ist erweitert – Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Mietrechts ist durchgeführt und ausgewertet

	<p>und das weitere Vorgehen vom Bundesrat beschlossen*</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Allgemeinverbindlicherklärung von Rahmenmietverträgen ist verlängert – Die prioritären Massnahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung im Rahmen der „Supply Chain“ sind vorbereitet
<p>Ziel 2</p>	
<p>Bildung, Forschung und Innovation fördern</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassungsergebnisse zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) sind zur Kenntnis genommen und die Botschaft vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zur Finanzierung der offiziellen Teilnahme der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU in den Jahren 2009–2013 ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Forschungsgesetzes betreffend die gesetzliche Grundlage der KTI ist durchgeführt und die Botschaft vom Bundesrat verabschiedet* – Die Vernehmlassung zum Weiterbildungsgesetz ist durchgeführt, die Ergebnisse sind ausgewertet und die Botschaft vom Bundesrat verabschiedet* – Die Weiterführung und allfällige Anpassungen des Bundesgesetzes über Beiträge an gemeinsame Projekte von Bund und Kantonen zur Steuerung des Bildungsraums Schweiz ist geprüft und über eine Vernehmlassung entschieden* – Der Bundesrat hat im Hinblick auf die Hochschullandschaft Schweiz über das weitere Vorgehen betreffend einer möglichen Zusammenführung von Bildung und Forschung in einem Departement entschieden* – Die Totalrevision der Berufsmaturitätsverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet

<p>Ziel 3</p>	
<p>Revision der Sicherheitspolitik im Bereich des EVD umsetzen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Revision des Zivildienstgesetzes ist ausgewertet – Die Botschaft zur Revision des Zivildienstgesetzes und des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe ist vom Bundesrat verabschiedet* – Der neue Leistungsauftrag 2009–2011 der Vollzugsstelle für den Zivildienst ist vom Bundesrat gutgeheissen
<p>Ziel 4</p>	
<p>Energieversorgung sicherstellen und natürliche Ressourcen nachhaltig nutzen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Empfehlungen der Internationalen Energieagentur (IEA) im Rahmen der Länderüberprüfung sind geprüft – Die Massnahme zur Umsetzung der IEA-Empfehlungen hinsichtlich der Pflichtlagerfreigabe im Falle eines IEA-Entscheids ist vorbereitet – Für eine stärkere Berücksichtigung des ökologischen und energieeffizienten Bauens in der Wohnraumförderung sind die Erlasse zur Umsetzung des Bundesratsbeschlusses vom 28. Februar 2007 verabschiedet – Der Bericht „Bioethanolproduktion in der Schweiz“ (in Erfüllung des Po. Stähelin 06.3474) ist verabschiedet*
<p>Ziel 5</p>	
<p>Beziehungen zur EU konsolidieren</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft betreffend Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens ist vom Bundesrat verabschiedet* – Das Protokoll zur Erweiterung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien ist unterzeichnet und die Botschaft vom Bundesrat verabschiedet* – Die Verhandlungen im Bereich Elektrizität sind weitergeführt und gegebenenfalls abgeschlossen* – Sofern der Bundesrat ein Mandat für Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich (FHAL) verabschiedet, werden die Verhandlungen aufgenommen*

	<ul style="list-style-type: none">– Das Verhandlungsmandat zum gegenseitigen Abbau der Grenzkontrollen für die Ein- und Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen ist vom Bundesrat verabschiedet*– Die erforderlichen Anpassungen des Veterinäranshangs zum Landwirtschaftsabkommen sind vom Bundesrat genehmigt*– Die exploratorischen Gespräche in Bereichen von gemeinsamem Interesse (z. B. Gesundheitswesen, Galileo) sind weitergeführt und gegebenenfalls Verhandlungsmandate verabschiedet und Verhandlungen aufgenommen*– Die Verhandlungen zur Anpassung des Abkommens über die Erleichterung der Zollkontrollen (24-Stunden-Regel) sind abgeschlossen– Falls das Schengen Abkommen in Kraft getreten ist, sind die notwendigen Massnahmen zum Bestehen der Schengen-Evaluation ergriffen*– Falls das Schengen Abkommen in Kraft getreten ist, sind die Weiterentwicklungen von Schengen/Dublin vom Bundesrat genehmigt*– Die Vernehmlassung zur Ratifikation des Zusammenarbeitsvertrags im internationalen Strafjustizbereich Eurojust ist eröffnet*– Der Bundesrat hat den Entscheid über einen Beitrag der Schweiz an Bulgarien und Rumänien zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU gefällt und gegebenenfalls die Botschaft über einen entsprechenden Rahmenkredit verabschiedet*– Der Bericht über die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit (4. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU und Erfüllung des Po. SVP-Fraktion 07.3184) ist verabschiedet*
--	--

<p>Ziel 6</p>	
<p>Multilaterales Regelwerk und bilaterales Beziehungsnetz gestalten</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Ein Durchbruch in den WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) ist durch Fortschritte in allen Dossiers (Industriegüter-NAMA, Dienstleistungen, Landwirtschaft, Handelserleichterungen, Regeln, Handel und Umwelt, geographische Herkunftsangaben) erreicht und die Umsetzung der Resultate ist angegangen* – Die bilateralen FHA-Verhandlungen Schweiz-Japan sind abgeschlossen* – Die Machbarkeitsstudie über ein FHA der Schweiz mit China ist abgeschlossen* – Die FHA-Verhandlungen EFTA mit Indien sind aufgenommen* – Die Botschaft über die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ist vom Bundesrat verabschiedet* – Das neue Rahmenkredit der wirtschaftlichen und handelspolitischen Massnahmen in der Entwicklungszusammenarbeit (WE) ist in Kraft – Die Botschaft zur Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft über einen Rahmenkredit zur Finanzierung der multilateralen Entschuldungsmassnahmen ist verabschiedet* – Im Rahmen der Reform der departementalen Gliederung der Bundesverwaltung hat der Bundesrat über das weitere Vorgehen zur Koordination von Aussenwirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit entschieden*
<p>Ziel 7</p>	
<p>Wettbewerbsfähigkeit des Agrar- und Ernährungssektors unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit weiter verbessern</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Verordnungen zur Umsetzung der AP 2011 sind erlassen. – Der 9. Agrarbericht, in dem die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft überprüft wird, ist veröffentlicht.

	<ul style="list-style-type: none">– Parallel zu den eventuellen Verhandlungen zum FHAL ist ein Konzept für allfällige Begleitmassnahmen, inklusive deren Finanzierung (in Zusammenarbeit mit dem EFD) erarbeitet– Die Agrardatenbanken sind auf nationaler und kantonaler Ebene optimal vernetzt– Die Rechtsgrundlage und die Weiterentwicklung des Informationssystems für den öffentlichen Veterinärdienst sind bereit– Die Tierverkehrskontrolle ist auf Schweine erweitert– Das neue Tierschutzgesetz ist in Kraft und die dazugehörigen Verordnungen sind vom Bundesrat verabschiedet– Die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)“ ist vom Bundesrat verabschiedet*– Der Bericht über die Förderung der Bienen in der Schweiz (in Erfüllung der Motion Gadiant 04.3733) ist verabschiedet und veröffentlicht*
--	---

ZIELE FÜR DAS JAHR 2008

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Jahresziele 2008	Massnahmen 2008 <small>*basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2008</small>
Ziel 1	
Totalrevision der Postgesetzgebung	– Die Vernehmlassung ist ausgewertet und die Botschaft vorbereitet*
Ziel 2	
Sicherstellung der Interoperabilität und eines diskriminierungsfreien Netzzugangs im Schienengüterverkehr	– Die Botschaft zum Teilpaket Interoperabilität der Bahnreform 2 ist verabschiedet*
Ziel 3	
Optimierung der Schweizer Schifffahrtspolitik	– Der Bericht zur Schifffahrtspolitik ist verabschiedet*
Ziel 4	
Luftfahrtpolitik: Sicherstellung einer optimalen Anbindung der Schweiz an die europäischen und weltweiten Zentren	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Revision des Luftfahrtgesetzes (Aufnahme luftfahrtpolitischer Grundsätze, Integration des anwendbaren EU-Rechts, Regelung finanzieller Aspekte und Änderung der Organisation für Flugunfalluntersuchungen) ist verabschiedet* – Die Verhandlungen mit Deutschland zur Neuregelung der Nutzungsbedingungen des süddeutschen Luftraums sind weitergeführt und wenn möglich abgeschlossen – Die Koordinationsphase im SIL-Prozess Zürich ist abgeschlossen
Ziel 5	
Anpassung des Nationalstrassennetzes	– Die Vernehmlassung zur Revision des Nationalstrassennetzbeschlusses ist durchgeführt und die Botschaft verabschiedet*

Ziel 6	
Die Klimapolitik für die Zeit nach 2012 definieren	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung über den Nachfolgeerlass zum CO₂-Gesetz ist eröffnet*
Ziel 7	
Den Nutzen von Umwelttechnologien und -innovation für das wirtschaftliche Wachstum aufzeigen	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht über die Wirkung der Umwelttechnologieförderung 2002–2006 ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 8	
Weiterentwicklung der Energiestrategie und Umsetzung der Aktionspläne	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat über die weiteren Schritte in der Energiepolitik entschieden* – Erste Vorschläge für Verordnungsrevisionen zur Umsetzung der energiepolitischen Grundsätze und Aktionspläne des Bundesrates in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien liegen vor und die Vernehmlassung ist eröffnet* – Die Strategie für eine verstärkte Energieausserpolitik ist verabschiedet* – Der Bundesrat hat über die Beschleunigung von Bewilligungsverfahren Bericht erstattet* – EnergieSchweiz ist weiterentwickelt und auf die Energie- und Klimapolitik nach Kyoto ausgerichtet
Ziel 9	
Sicherheit der Kernenergie	<ul style="list-style-type: none"> – Das Standortauswahlverfahren für geologische Tiefenlager ist eingeleitet – Die Vorarbeiten für die Betriebsaufnahme des Eidgenössischen Nuklear-Sicherheitsinspektorats am 1. Januar 2009 sind abgeschlossen

Ziel 10	
Nachhaltige räumliche Entwicklung sicherstellen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zu einer Revision des Raumplanungsgesetzes ist eröffnet* – Die Agglomerationsprogramme, die dem Bund per Ende 2007 eingereicht wurden, sind hinsichtlich der Grundanforderungen und der Wirkungskriterien geprüft. Die Prüfungsergebnisse sind mit den Trägerschaften der Agglomerationsprogramme soweit möglich bereinigt
Ziel 11	
Förderung der Informationsgesellschaft in der Schweiz	<ul style="list-style-type: none"> – Der Evaluationsbericht zur Umsetzung der Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz vom 18. Januar 2006 ist erstellt – Das weiteren Vorgehen betreffend die Förderung der Informationsgesellschaft in der Schweiz ist vom Bundesrat festgelegt

Die Ziele des Bundesrates im Jahr 2008: Überblick

1 Den Wirtschaftsstandort Schweiz stärken

Ziel 1: Wettbewerb im Binnenmarkt verstärken und Rahmenbedingungen verbessern

Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über technische Handelshemmnisse sowie Botschaft zum Bundesgesetz über die Produktsicherheit – Botschaft zur Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes – Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen mit Partnern ausserhalb der EU – Abschluss und Umsetzung der Doha-Runde – Nachführung des Landwirtschaftsabkommens CH-EU im Veterinärbereich – Beschluss über das weitere Vorgehen im Hinblick auf die Einführung einer einheitlichen Unternehmens-Identifikationsnummer UID – Vernehmlassungsergebnis und weiteres Vorgehen, gegebenenfalls Botschaft zur Verbesserung des Schutzes der „Marke Schweiz“ – Vernehmlassung über eine Teilrevision des Obligationenrechts betreffend den Umgang mit nachrichtenlosen Vermögenswerten – Vernehmlassung über eine Teilrevision des Obligationenrechts betreffend Kündigungsschutz von Hinweisgebern – Entscheid über das weitere Vorgehen im Bereich Börsendelikte und Marktmissbrauch – Inkraftsetzung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FINMAG) sowie Verabschiedung der Ausführungserlasse – Vernehmlassung zur Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes – Vernehmlassung zur Änderung des Mietrechts im Obligationenrecht

Ziel 2: Bildung, Forschung und Innovation fördern

Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich – Botschaft zur Finanzierung der offiziellen Teilnahme der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU in den Jahren 2009–2013 – Vernehmlassung zur Teilrevision des ETH-Gesetzes (Anpassung der Führungsstruktur und Immobilientransfer) – Vernehmlassung und Botschaft zur Teilrevision des Forschungsgesetzes (KTI) – Vernehmlassung und Botschaft zum Weiterbildungsgesetz – Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über gemeinsame Projekte von Bund und Kantonen zur Steuerung des Bildungsraums Schweiz – Revision der schweizerischen Weltraumpolitik – Erklärung europäischer Regierungen über die Phase des Einsatzes der Träger Ariane, Vega und Sojus vom Raumfahrtzentrum Guyana aus – Botschaft zum Bundesgesetz über die Forschung am Menschen – Inkraftsetzung des revidierten Patentgesetzes und umfassende Verordnungsänderungen im Immaterialgüterrecht

Ziel 3: Handlungsfähigkeit des Staates und Attraktivität des Steuersystems stärken: Ausgleich des Bundeshaushalts nachhaltig sicherstellen und Steuerreformen weiterführen

Weiteres Vorgehen zur Neugliederung der Departemente – Botschaft zur Legislaturplanung 2007–2011 – Bericht zum statistischen Mehrjahresprogramm 2007–2011 – Aktionsplan für den standardisierten Umgang mit elektronischen Daten und Dokumenten in der Bundesverwaltung – Vernehmlassung und Botschaft über die Einführung einer Ergänzungsregel zur Schuldenbremse – Aufgabenüberprüfung mit Aufgabenportfolio – Botschaft zur Vereinfachung des

Systems der Mehrwertsteuer – Botschaft zum Systementscheid bei der Ehepaar- und Familienbesteuerung – Vernehmlassung zur Sanierung der Pensionskasse SBB – Botschaft zur Revision des Bundespersonalgesetzes

Ziel 4: Leistungsfähigkeit und Nutzung der Infrastruktur optimieren
Zusatzbotschaft zur Bahnreform 2, Teilpaket Interoperabilität – Botschaft zur Änderung des Luftfahrtgesetzes – Botschaft zur Revision des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz – Bericht über die Schifffahrtspolitik des Bundes – Vernehmlassung zur Revision der Postgesetzgebung – Bericht zur Bundesbeteiligung am Unternehmen Swisscom AG

2 Die Sicherheit gewährleisten

Ziel 5: Der Gewaltanwendung und der Kriminalität vorbeugen und diese bekämpfen
Botschaft zum Strafbehördenorganisationsgesetz des Bundes – Änderung der Waffenverordnung

Ziel 6: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich verstärken
Botschaften zur Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes – Vernehmlassung zum Zusammenarbeitsvertrag zwischen der Schweiz und Eurojust

Ziel 7: Sicherheitspolitik umsetzen
Entscheide zur sicherheitspolitischen Strategie – Entscheide betreffend Schaffung eines Sicherheitsdepartements – Botschaft zur Änderung der Militärgesetzgebung – Bericht über eine Bewilligungs- oder Registrierungspflicht für private Militär- und Sicherheitsfirmen, die in ausländischen Krisengebieten tätig sind – Botschaft zur Revision des Zivildienstgesetzes und des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe – Bericht über Massnahmen zur Verbesserung der Situation des militärischen Personals

3 Die gesellschaftliche Kohäsion stärken

Ziel 8: Sozialwerke sanieren und sichern
Botschaft über die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen – Botschaft zur Revision des Unfallversicherungsgesetzes

Ziel 9: Gesundheitskosten eindämmen – Gesundheit fördern
Vernehmlassung zur gesetzlichen Neuregelung von Prävention und Gesundheitsförderung – Kosteneindämmung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung

Ziel 10: Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern
Berichte betreffend Jugendgewalt und Gewalt im sozialen Nahraum – Vernehmlassungsergebnisse zum Sportförderungsgesetz und zum Bundesgesetz über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport – Vernehmlassung über eine Teilrevision des ZGB (Vorsorgeausgleich und Kinderbelange) – Bericht

über verschiedene Modelle von Behörden mit Untersuchungs- und Durchsetzungskompetenzen zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann im Erwerbsleben – Umsetzungsentscheide für eine verbesserte Integration von Ausländerinnen und Ausländern

4 Die Ressourcen nachhaltig nutzen

Ziel 11: Energieversorgung sicherstellen
Weiterentwicklung der Energiestrategie

Ziel 12: Schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen
Vernehmlassung zum Nachfolgeerlass des CO₂-Gesetzes – Vernehmlassung zur Revision des Raumplanungsgesetzes

5 Die Stellung der Schweiz in einer vernetzten Welt festigen

Ziel 13: Konsolidierung der Beziehungen zur EU
Botschaften betreffend Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens und betreffend Ausdehnung dieses Abkommens auf Rumänien und Bulgarien – Entscheid über den Beitrag der Schweiz an Bulgarien und Rumänien zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU und gegebenenfalls Botschaft für einen entsprechenden Rahmenkredit – Bericht über die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit – Aushandlung weiterer bilateraler Verträge

Ziel 14: Multilaterales Regelwerk gestalten
Botschaft zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens vor der Gerichtsbarkeit – Botschaft zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen – Genehmigung des Abschlusses von Absichtserklärungen zur Stärkung der bilateralen Beziehungen (Strategiepapiere) – Botschaft zum Immobilienprojekt „site unique“ der WTO in Genf

Ziel 15: Friedensförderung und Konfliktprävention
Keine Geschäfte

Ziel 16: Armutsreduktion
Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zu Gunsten von Entwicklungsländern 2008–2011 – Botschaft über die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit – Botschaft für einen Rahmenkredit zur Finanzierung der multilateralen Entschuldungsmassnahmen

Die Ziele des Bundesrates im Jahr 2008

Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte 2008

1 Den Wirtschaftsstandort Schweiz stärken

Ziel 1: Wettbewerb im Binnenmarkt verstärken und Rahmenbedingungen verbessern	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über technische Handelshemmnisse	X	
Botschaft zum Bundesgesetz über die Produktsicherheit	X	
Botschaft zur Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (Finanzierung der Arbeitslosenversicherung)	X	
Botschaft zur Verbesserung des Schutzes der „Marke Schweiz“		X
Botschaft über die Änderung des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Pflichten und Rechte von rechtsberatend oder forensisch tätigen Angestellten)		X
Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)“	X	
Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“		X

Ziel 2: Bildung, Forschung und Innovation fördern	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich		X
Botschaft zur Finanzierung der offiziellen Teilnahme der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU in den Jahren 2009–2013	X	
Botschaft zur Teilrevision des Forschungsgesetzes (KTI)		X
Botschaft zum Bundesgesetz über die Weiterbildung (Weiterbildungsgesetz)		X
Botschaft zum Bundesgesetz über die Forschung am Menschen		X
Botschaft zur Genehmigung der Briefwechsel zwischen der Schweiz und Euratom betreffend der schweizerischen Teilnahme am Fusionsforschungsprojekt ITER	X	

Bericht über die Qualitätssicherung bei der Förderung der Universitäten (in Erfüllung des Po. David 05.3595)		X
--	--	---

Ziel 3: Handlungsfähigkeit des Staates und Attraktivität des Steuersystems stärken: Ausgleich des Bundeshaushalts nachhaltig sicherstellen und Steuerreformen weiterführen	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Botschaft zur Legislaturplanung 2007–2011	X	
Botschaft über die Einführung einer Ergänzungsregel zur Schuldenbremse		X
Botschaft zur Vereinfachung des Systems der Mehrwertsteuer		X
Botschaft zum Systementscheid bei der Ehepaar- und Familienbesteuerung	X	
Botschaft zur Revision des Bundespersonalgesetzes		X
Bericht zum statistischen Mehrjahresprogramm 2007–2011	X	

Ziel 4: Leistungsfähigkeit und Nutzung der Infrastruktur optimieren	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Zusatzbotschaft zur Bahnreform 2, Teilpaket Interoperabilität		X
Botschaft zur Änderung des Luftfahrtgesetzes		X
Botschaft zur Revision des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz		X
Bericht über die Schifffahrtspolitik des Bundes (in Erfüllung des Po. Fetz 06.3541)		X
Bericht zur Bundesbeteiligung am Unternehmen Swisscom AG	X	

2 Die Sicherheit gewährleisten

Ziel 5: Der Gewaltanwendung und der Kriminalität vorbeugen und diese bekämpfen	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Botschaft zum Bundesgesetz über die Organisation der Strafbehörden des Bundes		X

Ziel 6: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich verstärken	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Botschaft zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI über die Vereinfachung des Informationsaustauschs zwischen Strafverfolgungsbehörden		X
Botschaft zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EG Nr. 2007/2004) zur Errichtung der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen (FRONTEX)	X	
Botschaft über die Genehmigung und Umsetzung einer Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes im Bereich des Schutzes personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden		X
Botschaft über die Änderung des Strafgesetzbuches sowie weiterer Bundesgesetze zur Umsetzung des Römer Statuts des internationalen Strafgerichtshofs	X	

Ziel 7: Sicherheitspolitik umsetzen	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Botschaft betreffend die Änderung der Militärgesetzgebung	X	
Botschaft zur Revision des Zivildienstgesetzes und des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe	X	
Bericht über Massnahmen zur Verbesserung der Situation des militärischen Personals	X	

3 Die gesellschaftliche Kohäsion stärken

Ziel 8: Sozialwerke sanieren und sichern	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Botschaft über die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen	X	
Botschaft zur Revision des Unfallversicherungsgesetzes	X	

Ziel 9: Gesundheitskosten eindämmen – Gesundheit fördern	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Bericht über den Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der RFID-Technologie (in Erfüllung des Po. Allemann 05.3053)		X
Bericht über die Umsetzung der Integration der Militärversicherung in die Suva (in Erfüllung des Po. SGK-S 04.3436)		X

Ziel 10: Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Botschaft zur gesetzlichen Verankerung der finanziellen Hilfe an vorübergehend im Ausland weilende Schweizer Staatsangehörige		X
Bericht zur Jugendgewalt (in Erfüllung des Po. Leuthard 03.3298 und des Po. Amherd 06.3646)		X
Bericht über Ursachen von Gewalt im sozialen Nahraum (in Erfüllung des Po. Stump 05.3694)		X
Bericht über die Vereinbarkeit von Familie und Studium (in Erfüllung des Po. Fehr Jacqueline 06.3321)		X
Bericht über die gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut (in Erfüllung der Mo. SGK-N 06.3001)		X
Bericht über die Harmonisierung Alimentenbevorschussung und Alimenteninkasso (in Erfüllung des Po. SGK-N 06.3003)		X

4 Die Ressourcen nachhaltig nutzen

Ziel 11: Energieversorgung sicherstellen	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Bericht zur Bioethanolproduktion in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Stähelin 06.3474)	X	

Ziel 12: Schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Bericht über die Wirkung der Umwelttechnologieförderung		X
Bericht über die Bienenförderung (in Erfüllung der Mo. Gadiert 04.3733)	X	

5 Die Stellung der Schweiz in einer vernetzten Welt festigen

Ziel 13: Konsolidierung der Beziehungen zur EU	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Botschaft zur Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU über das Jahr 2009 hinaus	X	
Botschaft zur Genehmigung des Protokolls II zur Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU auf Bulgarien und Rumänien	X	
Botschaft zu einem Rahmenkredit für den Beitrag der Schweiz an Bulgarien und Rumänien zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU		X
Bericht über die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit (4. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen und zugleich in Erfüllung des Po. SVP-Fraktion 07.3184)	X	

Ziel 14: Multilaterales Regelwerk gestalten	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Botschaft zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 2. Dezember 2004 über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens vor der Gerichtsbarkeit	X	
Botschaft zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982	X	
Botschaft zum Immobilienprojekt („site unique“) der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf		X

Ziel 15: Friedensförderung und Konfliktprävention	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Keine		

Ziel 16: Armutsreduktion	<u>1. Halbjahr</u> 2008	<u>2. Halbjahr</u> 2008
Botschaft zum Rahmenkredit für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zu Gunsten von Entwicklungsländern 2008–2011	X	
Botschaft über die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (Rahmenkredit VII Süd)	X	
Botschaft für einen Rahmenkredit zur Finanzierung der multilateralen Entschuldungsmassnahmen	X	